

Aktuelle Debatte der Fraktion BÜNDNISGRÜNE zum Thema: "Böllern ins neue Jahr: Tiere und Umwelt schützen, Rettungskräfte entlasten", 04.12.2025

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich kann mich an die Worte des Präsidenten nur anlehnen und in der Rolle als Fachsprecher meiner SPD-Fraktion trotzdem zum Ausdruck bringen, wie erschüttert ich darüber bin, dass hier eine legitime Debatte über ein Böllerverbot – zu der man verschiedene Meinungen haben kann – in den Kontext gerückt wird eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, eines Raketenbeschusses auf Menschen in der Ukraine, wo Menschen sterben. Das ist nicht nur infam, das ist unmenschlich, und es zeigt ein sehr, sehr erschreckendes Bild von den Fraktionen der AfD und des BSW.

Meine Damen und Herren, alle Jahre wieder führen wir diese Diskussion. Und die Gründe, die Frau Kollegin Schubert aufgezählt hat, wiegen durchaus schwer. So stellen die lauten Knalleffekte und der austretende Feinstaub eine Belastung für Tiere und Umwelt dar. Ein weiterer Punkt, den ich im Rahmen des Feuerwerksgebrauchs besonders verwerflich finde, sind Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten durch Böllermwürfe, bei denen diese mindestens grob fahrlässig gefährdet oder sogar direkt attackiert werden.

Und dies, meine Damen und Herren, um das klar zu sagen, ist in keinsten Weise entschuld- oder erklärbar. Das sind einfach verachtenswerte Straftaten, die es auch konsequent zu ahnden gilt.

Auf den ersten Blick scheint nun ein allgemeines Böllerverbot, wie es die Bündnisgrünen hier fordern, die einfachste Lösung für die Probleme zu sein. Das hält aber einer näheren Prüfung meines Erachtens nicht stand. Denn erstens übergeht diese Lösung das durchaus gewichtige Argument, dass Feuerwerkskörper – ebenso wie Bleigießen, Raclette, Fondue oder das „Dinner for One“ – nun mal zur Silvestertradition, auch in unserem Land, gehören.

Dies muss man nicht unbedingt mögen. Ich bin auch persönlich kein Freund übermäßiger Knallerei. Man muss aber auch in diesem Fall anerkennen, dass der bunte Funkenregen am nächtlichen Himmel und ja, auch die Knallerei am Boden, vielen Menschen in Sachsen durchaus Freude bereitet und für sie ein fester Bestandteil des Jahreswechsels ist.

Zweitens stimmt es zwar, dass das Böllern exzessive Züge annimmt und dass es zu den beschriebenen Straftaten kommt. Dabei übersieht man aber leicht, dass die überwältigende Mehrzahl der Menschen in Sachsen nicht leichtsinnig mit

Feuerwerkskörpern umgeht, sondern diese verantwortungsbewusst und in einem überschaubaren Rahmen nutzt.

Ein pauschales Kompletต์verbot, wie es die Grünen wollen, stellt deshalb keine adäquate Antwort auf die beschriebenen Probleme dar, sondern wäre vielmehr eine überzogene Einschränkung, die auch die vielen umsichtigen Freundinnen und Freunde des Silvesterfeuerwerks mitträfe – und das kann nicht im Interesse dieses Hohen Hauses sein.

Zudem würde ein solches Verbot die schändlichen Attacken auf Rettungskräfte nicht verhindern, da ein bloßes Verbot nie ausreicht, um ein solches Phänomen zu befrieden. Wenn man diesem begegnen will, müssen stattdessen die Ursachen und Entstehungszusammenhänge dieses Kriminalitätsphänomens genauer untersucht werden.

Und drittens gibt es bereits eine gangbare Lösung, die sowohl der Silvestertradition als auch den ordnungspolitischen Bedenken an einigen Orten gerecht wird – nämlich die Möglichkeit jeder Gemeinde, auf Grundlage des Sprengstoffgesetzes, der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz und des sächsischen Polizeibehördengesetzes, die Handhabung von Feuerwerkskörpern an bestimmten Orten und Plätzen zu untersagen: im Umfeld besonders schützenswerter Orte oder wenn dokumentierte Ereignisse vorliegen, dass Raketen und Böller dort missbräuchlich verwendet wurden und man wieder damit rechnen muss.

Nun gehört es zur Wahrheit dazu, dass viele Gemeinden in Sachsen diese Möglichkeit aktuell noch nicht nutzen – vielleicht, weil Unsicherheiten bezüglich der Rechtslage oder ihrer Umsetzung bestehen. In diesem Fall empfiehlt es sich, dass das Innenministerium mit den Kommunen dazu ins Gespräch kommt, um rechtliche Unklarheiten oder Zweifel auszuräumen.

Gleichzeitig könnte mit den Kommunen über alternative Angebote gesprochen werden, etwa über attraktive öffentliche Feuerwerke in Innenstadtlagen als wirksamen Ersatz für individuelles Böllern.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Sowohl bei der möglichen Einschränkung der Knallerei an Silvester als auch bei der praktischen Umsetzung gilt es, Augenmaß zu wahren. Ein pauschales Kompletต์verbot wäre das aber sicherlich nicht.

Deshalb lassen Sie uns lieber Lösungen suchen, welche die unterschiedlichen Interessen aller Menschen berücksichtigen und den spezifischen Situationen vor

Ort gerecht werden – damit an Silvester alle fröhlich und wohlbehalten ins neue Jahr finden, egal ob man Raclette-Liebhaber, Bleigießerin oder eben leidenschaftlicher Fan von Feuerwerk ist.

Vielen Dank.